

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

110 (3.12.1949)

ETTLINGER ZEITUNG

Ercheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittag, durch die Post 1,65 zuzüglich 45 Dpf. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf. Frei Haus 1,85, im Verlag abgeholt 1,65.

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 3. Dezember 1949

Nr. 110

Truman prüft Verteidigungsplan

Schon in Bilde US-Waffenlieferungen nach Europa — Zunächst der Rhein, später die Elbe

Paris (TP). Der atlantische Verteidigungsplan, der am Donnerstag von den Verteidigungsministern der Westmächte in Paris angenommen wurde, liegt jetzt Präsident Truman zur Genehmigung vor. Sobald diese erteilt ist, können die gesamten Mittel in Anspruch genommen werden, die der amerikanische Kongress für militärische Auslandshilfe bewilligt hat. Man erwartet hier, daß die Waffenlieferungen nach Europa in den nächsten Wochen beginnen werden.

Von französischer Seite wird der gemeinsame Verteidigungsplan der zwölf Signatarmächte des Nordatlantischen Vertrages lebhaft begrüßt. Verteidigungsminister Pleven erklärte am Freitag, dieses Mal hätten die Westmächte energisch und in völliger Einigkeit gehandelt. Die grundsätzliche Idee des neuen Abkommens bestehe darin, jeden künftigen Feind möglichst weit im Osten zum Stehen zu bringen und zu verhindern, daß Westeuropa überrannt werde.

Der Pariser Korrespondent des Londoner „Daily Herald“ unterstreicht den Geist und die Absicht, die die Tagung in Paris besetzt hat in folgenden Worten: „Die Verteidigungsminister haben nochmals betont, daß der Nordatlantische Vertrag gegen kein anderes Volk und gegen keinen anderen Staat gerichtet ist. Die Vertragspartner sind aber entschlossen, darüber zu wachen, daß ihre Zivilisation und ihre Einrichtungen gesichert bleiben. Die Tagung hat nochmals der Überzeugung Ausdruck gegeben, durch gemeinsame Abwehrmaßnahmen dem Hauptziel der Vereinten Nationen zu dienen, nämlich der Aufrechterhaltung des Weltfriedens.“

Wenn aus begrifflichen Gründen die Einzelheiten des von den Verteidigungsministern vereinbarten Plans auch streng geheim gehalten werden, so scheint, wie aus unrichteten Kreisen verlautet, doch festzustehen, daß er die einzelnen Verteidigungspläne der fünf Regionen des Atlantikpakts zusammenfaßt.

In dem Plan soll, wie man hört, die Möglichkeit eines Angriffs aus jeder möglichen Richtung angenommen sein, wobei jedem Lande die Rolle zugewiesen wird, die seine Streitkräfte im Ernstfall zu spielen hätten. Er sehe aber nicht vor, daß einer der zwölf Fakt-Staaten aufgeopfert werde. Während der ersten Phase des amerikanischen Programms soll die Verteidigungslinie sich am Rhein befinden, späterhin, wenn die militärischen Machtmittel der Westmächte entsprechend gestärkt seien, würde die Verteidigungslinie zur Elbe verlegt werden.

Das zum Abschluß der Beratungen in Paris veröffentlichte Kommuniqué besage, daß sich die Verteidigungsminister auf folgende Punkte geeinigt hätten:

1. Die strategische Konzeption für die gemeinsame Verteidigung des Nordatlantikraumes.
2. Vorbereitung eines Programms für die Produktion und Lieferung von Waffen und Ausrüstung.
3. Koordinierung der Planung zwischen den einzelnen regionalen Verteidigungsgruppen.
4. Fortschritte der Verteidigungsplanung der Nordatlantikpaktunion.

Die nächste Sitzung des nordatlantischen Verteidigungsrates findet in etwa drei Monaten statt. Der Tagungsort steht noch nicht fest.

australischen Entschließung zu, die eine ständige Internationalisierung Jerusalems vorsieht. Der Beschluß wurde mit neun gegen sechs Stimmen gefaßt. Zwei Delegierte enthielten sich der Stimme.

Der britische UN-Delegierte Hector McNeil sprach den UN das Recht ab, internationale Territorien zu errichten. McNeil, der die britische Kolonialpolitik verteidigte, sagte, die Bestrebungen zur internationalen Überwachung bestimmter Gebiete würden über Umwege auf eine Änderung der UN-Charta hinauslaufen.

Noch 1350 deutsche Gefangene in Jugoslawien. In Jugoslawien werden immer noch 1350 deutsche Kriegsgefangene festgehalten.

Schumacher wieder im Bundestag

Ausschluß auf 20 Sitzungstage zurückgezogen
Von unserem Korrespondenten

v.w. Bonn. Nach der in der Nacht zum Freitag zustande gekommenen Bereinigung der Kanzler-Affäre ist Dr. Kurt Schumacher, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, am Freitagvormittag gegen 11.30 Uhr wieder ins Parlament eingezogen. Die SPD-Fraktion erhob sich aus diesem Anlaß unter Beifallklatschen von ihren Sitzen. Die Angelegenheit „Bundeskanzler der Alliierten“ ist damit bereinigt, und Präsident Köhler zog den von Schumacher verhängten Ausschluß vom Parlament auf 20 Sitzungstage zurück.

Die Einigungsformel und die sich daraus ergebenden Konsequenzen zur Wiederherstellung des innerpolitischen Friedens haben in Bonn beruhigend gewirkt, wenngleich man es auch in CDU- und FDP-Kreisen dem Oppositionschef etwas übelgenommen hat, daß er bei einer nächtlichen Pressekonferenz an Hand des Wortlautes der gemeinsamen Erklärung die alleinige sozialdemokratische Initiative zur Beilegung des Falles bestritt. Vizekanzler Blicher veröffentlichte jedenfalls am Freitagnachmittag seinerseits eine Erklärung, in der er von einem Entgegenkommen des Bundeskanzlers spricht und die Sozialdemokratie auf eine „neue Frist der Bewährung“ aufmerksam macht, die nunmehr angebrochen sei und in der alle Seiten zu einer positiven Zusammenarbeit gelangen müßten.

Die Einigungsformel hat folgenden Wortlaut: „In der Sitzung des Bundestages vom 24. zum 25. November 1949 war der Bundeskanzler der Ansicht, daß ohne Eintritt in die Ruhrbehörde ein Demontage-Stop nicht zu erreichen sei. Die sozialdemokratische Fraktion war der Ansicht, daß ein Demontage-Stop auch ohne bedingungslosen Eintritt in die Ruhrbehörde erreicht werden könne. Der Bundeskanzler ist überzeugt, daß die sozial-

VOM TAGE

Kaiser und Lukaschek eröffnen Hilfswerk. Die Bundesminister Jacob Kaiser und Dr. Hans Lukaschek sprechen am Montag in Bonn zur Eröffnung des sozialen Hilfswerks „Gedenkt der Brüder in Not“. Dieses Hilfswerk will die Not der Flüchtlinge aus der Sowjetzone lindern. (TP)

Zwölf Auslandsvertretungen in Bonn. Die alliierten Hohen Kommissare genehmigten das Ersuchen der Regierungen von Südafrika, der Schweiz und Spanien, bei der Bundesregierung durch diplomatische Missionen vertreten zu sein. Damit steigt die Zahl der Auslandsvertretungen auf zwölf. (TP)

François-Poncet in Koblenz. Der französische Hohe Kommissar François-Poncet erklärte in Koblenz, zu keiner Zeit hätten sich das deutsche und das französische Volk so nahe gestanden wie heute. Wirtschaftlich seien allerdings noch eine Reihe von Hindernissen zu überwinden. (TP)

demokratische Fraktion sich bei der Haltung von der Überzeugung hat leiten lassen, auf diese Weise das Beste für das deutsche Volk zu erreichen und hält Formulierungen, die anders verstanden worden sind, nicht aufrecht. Dr. Schumacher ist seinerseits der Auffassung, daß der Bundeskanzler überzeugt war, nur durch den Eintritt in die Ruhrbehörde den Demontage-Stop erreichen zu können. Er hält daher den Zwischenruf „Bundeskanzler der Alliierten“ nicht aufrecht.

Amnestie-Gesetz beraten
Das Amnestie-Gesetz des Bundes-Justizministers wurde in der Freitag-Plenarsitzung des Bundestages nach der ersten Lesung an den zuständigen Ausschuß zur schnellsten Beratung überwiesen. Die Verabschiedung des Gesetzes wurde allgemein als dringend bezeichnet. Das Gesetz soll insbesondere Wirtschaftstrafen, die bis zum 12. September 1949 ausgesprochen wurden, amnestieren sowie diese Strafen nicht ein gewisses Maß überschreiten, über dessen Höhe noch keine Einigkeit erzielt wurde.

Das Gesetz über die Verlängerung des Notopfers Berlin bis zum Ende des Jahres 1950 wurde ebenfalls einem Ausschuß überwiesen. In der Diskussion stellte sich heraus, daß die monatlichen Zuwendungen für Berlin von 22 Millionen DM auf zurzeit 37 Millionen DM gestiegen sind. Der Magistrat Berlin hält jedoch zur Ausbalancierung des Stadt-Etats eine Bundeshilfe von monatlich rund 60 Millionen für erforderlich.

Um die Gleichstellung der Frau
Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde mit der ersten Lesung einiger Fraktions-Anträge auf Gleichstellung der Frau im Sinne des Grundgesetzes begonnen. Zu den Anträgen sprachen in der Mehrzahl weibliche Abgeordnete. Frau Dr. Helene Weber/CDU erklärte, daß es sich hierbei nicht um eine Gleichschaltung, sondern um eine tatsächliche Gleichberechtigung sowie insbesondere um den Schutz der älteren weiblichen Angestellten handeln müsse. „Der reine Männerstaat ist ein Verderben“ — das sei durch zwei Kriege bewiesen worden, sagte Frau Weber und forderte die Tätigkeit von Frauen auch bei den zu errichtenden auswärtigen Konsulaten sowie ein besonderes Referat für Frauen-Angestellten im Bundes-Innenministerium, das der Kanzler zugesagt habe. Der CDU-Abgeordnete Dr. Lehr hob die „Gleichwertigkeit der Geschlechter“ hervor und stellte fest, daß die besonders tapfere Haltung der Frauen in zwei Kriegen durch ihre Gleichstellung mit den Männern entsprechend dem Grundgesetz zum Ausdruck kommen müsse. In ähnlichem Sinne sprachen sich auch die Rednerinnen und Redner der übrigen Parteien aus.

Das erste Haushaltsgesetz
In der Debatte über das erste Haushaltsgesetz der Bundesregierung für die Zeit vom 21. September 1949 bis 31. März 1950 wurde im Plenum festgestellt, daß Bundes-Finanzminister Schäffer den Haushalts-Voranschlag mit ziemlich dürftigen Zahlenunterlagen begründet habe. Man fordert allgemein eine genaue Definierung der geplanten Ausgaben und übergab das vorgeschlagene Gesetz zur weiteren Beratung dem Haushaltsausschuß, der sich damit in der aller nächsten Zeit beschäftigen wird.

Bis 300 DM steuerfrei
Der Bundestag beschloß ferner, den steuerfreien Betrag für Weihnachtsgratifikationen von 100 auf 300 Mark zu erhöhen. Ein entsprechender Antrag war von der FDP-Fraktion eingebracht worden. Er fand die Zustimmung aller Abgeordneten des Hauses.

Polizei Sache der Länder
Richtlinien der Hohen Kommissare
Frankfurt (TP). Die Hohe Kommission gab am Freitag die Richtlinien für den Aufbau der westdeutschen Polizei bekannt. Danach sind die elf Länder der Bundesrepublik befugt, ihre Polizeibehörden selbst zu organisieren und zu verwalten. Die westdeutsche Polizei darf allerdings nicht die Gestalt militärischer Formationen annehmen. Außerdem muß sie stark dezentralisiert werden.

Böckler mit Applaus empfangen

Als deutscher Vertreter in London

London (TP). Der betagte französische Arbeiterführer Jouxhaux sprach am Freitag auf der Konferenz in London über die Voraussetzungen für den Erfolg der neuen Freien Gewerkschafts-Internationalen. Jouxhaux erklärte, die erste Vorbedingung sei Frieden und um diesen zu sichern, müsse das deutsche Problem gelöst werden. Denn Deutschland sei das geographische Zentrum Europas. Der französische Arbeiterführer sagte weiter, die deutschen Gewerkschaftler müßten Garantien geben und die Gewerkschaftler der anderen Weststaaten das ihre tun, um zu verhindern, daß der Nationalsozialismus wieder auflebe. „Die neue Internationale“, erklärte Jouxhaux mit Nachdruck, „darf nicht nur dem Kommunismus Widerstand leisten, sondern muß eine positive Kraft darstellen.“

Der Vertreter des deutschen Gewerkschaftsverbandes, Hans Böckler, wurde, als er das Forum betrat, mit Applaus empfangen. Böckler stimmte den Erklärungen Jouxhaux's zu, und erklärte namens der deutschen Gewerkschaften sein Einverständnis mit mehreren der jüngsten Beschlüsse der Alliierten, darunter dem Inkrafttreten des Ruhrstatuts.

weiter verlautet, werden im April Parlamentswahlen stattfinden.

Im Vormarsch auf Tschengtu

Neue Erfolge der chinesischen Kommunisten
Hongkong (TP). In China haben die im Raume von Tschungking operierenden kommunistischen Streitkräfte weitere Erfolge errungen. Nach der Besetzung der bisherigen nationalchinesischen Hauptstadt Tschungking haben kommunistische Kräfte in raschem Vorstoß die Straße Tschungking-Tschengtu unterbrochen. Tschengtu ist vor einigen Tagen als neuer Sitz der nationalchinesischen Regierung bezeichnet worden.

Internationalisierung Jerusalems?

McNeil verteidigt Englands Kolonialpolitik
Lake Success (TP). Der Untersuchungsausschuß für Palästina der UN stimmte einer

Antworten von General Gross

Betriebsrätegesetz Sache des Bundestags
D.P. Stuttgart. Bei der allmonatlichen Pressekonferenz des amerikanischen Landeskommissars für Württemberg-Baden wurde an General Charles P. Gross die Frage gestellt, weshalb die das Mitbestimmungsrecht gewährleistenden Paragraphen des Betriebsrätegesetzes noch immer suspendiert seien. General Gross erklärte, er sei nach Rücksprache mit dem Hohen Kommissar, McCloy zu der Mitteilung, ermächtigt, daß die Suspendierung nicht für unbegrenzte Zeit aufrecht erhalten werde. Dem Bundeskanzler sei anheim gestellt worden, möglichst bald eine gesetzliche Regelung durch den Bundestag zur Entscheidung zu bringen. Bis dahin bleibe die Suspendierung aufrecht erhalten.

Vor Bürokraten mehr Angst
„Haben Sie, Herr General, das Anwachsen nationalistischer Tendenzen in Württemberg-Baden feststellen müssen?“ — Diese Frage verneinte General Gross. Er habe aber das Anwachsen einer Art von „Schutzbund der Beamtenschaft“ feststellen müssen, vereinzelt sogar autoritäre Ambitionen. Dieser „Klub alter Beamtenherren“ scheine es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, die ehemaligen Nazis in der Beamtenschaft unter ihren besonderen Schutz zu nehmen. Er habe mehr Angst vor den Bürokraten in Deutschland, die die einzige noch nicht überwundene Kaste seien, als vor den Nazis. Als eine Ausnahme, die nicht in den „Beamtenklub“ gehöre, bezeichnete General Gross den Ministerialdirektor des Wirtschaftsministeriums, Dr. Krauß, der das vieldiskutierte Urteil über die tauglichen und untauglichen Kategorien der Beamtenschaft abgegeben hatte. „Das ist ein sehr braver Mann, ich glaube er hat recht“ meinte General Gross.

Tschechen vor Gericht?
Zu der Kritik, daß amerikanische Behörden bisher noch nichts gegen die in Württemberg-Baden weilenden und von sudetendeutschen Flüchtlingen als Ausweisungsberechtigten er-

kannten Tschechen unternommen hätten, erklärte der Landeskommissar, es fehle noch an Zeugen-Unterlagen, die zur Einleitung von Gerichtsverfahren ausreichen würden. Außerdem müsse die Frage geklärt werden, ob die Zuständigkeit amerikanischer Gerichte gegeben sei. Seiner persönlichen Ansicht nach sollten derartige Fälle von deutschen Gerichten entschieden werden, jedoch sei er hier nicht zuständig.

Der „Fall Edlingen“

Auf eine Anfrage, weshalb bei der Freigabe eines beschlagnahmten Edlinger Fergnügungsbetriebes 191.000 DM Schadenersatz an den Besitzer gezahlt werden mußten, hatte der Vertreter des Finanzministeriums im Landtag geantwortet, sowohl Festsetzung als auch Auszahlung der Erstattungssumme sei auf Befehl amerikanischer Stellen erfolgt. General Gross bezeichnete diese Erklärung zunächst als eine „nette Lüge“, mußte sich aber von einem seiner Mitarbeiter unterrichten lassen, daß die Schadensfestsetzung durch ein amerikanisches Gericht erfolgt sei. Nicht angeblühliche amerikanische „Freunde“ des Geschädigten hätten über die Höhe der Vergütung zu entscheiden gehabt, sondern ein amerikanisches Gericht, dessen Entscheidung endgültig sei.

Ein unstrittenes Urteil

Zum Schluß fragte ein Journalist den Landeskommissar, wie er seine Äußerungen über den Wert von Gerichtsbeschlüssen mit dem Gerichtsurteil vereinbare, mit dem kürzlich der Oberste Gerichtshof in Stuttgart festgestellt habe, daß die früher der SS angehörenden Siedler wieder in ihre Häuser zurückkehren dürfen und die inzwischen einquartierten Verfolgten des Nazi-Regimes diese zu räumen hätten. General Gross meinte: „Ich will diesen Gerichtsbeschlüssen nicht verteidigen. Wir angelsächsischen Völker aber haben in Jahrhunderten keinen besseren Weg gefunden, als die Entscheidung strittiger Fragen durch Gerichte.“ In diesem Falle siehe es der Presse zu, den Gerichtsbeschlüssen öffentlich zu diskutieren.

Kardinalproblem: Mitbestimmungsrecht

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende erklärt
Düsseldorf (TP). Der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Georg Reuter, bezeichnete das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft als die Kardinalfrage der neuen deutschen Wirtschaftspolitik. Reuter sagte, bei der gesetzlichen Regelung des Mitbestimmungsrechtes werde man klar erkennen, wer sich für oder gegen die Wirtschaftsdemokratie in der Bundesrepublik entscheide. Natürlich seien die Auffassungen unterschiedlich. Aber die völlig ablehnende Haltung des Bundesjustizministers Dr. Dehler zeige, wie hart und schwer die Entscheidung sein werde. Die Gewerkschaften verlangten eine positive Regelung des Mitbestimmungsrechtes. Der Bundesjustizminister müsse sich darüber klar sein, daß er für die Haltung der Kreise gesprochen habe, die nicht gewillt seien, den sozialen Frieden in der Wirtschaft zu gewährleisten.

Semjonow dämpft Erwartungen

Kein Separatfriede mit Ostregierung
Berlin (TP). Wie hier verlautet, hat die Sowjetregierung vorläufig nicht die Absicht, mit der Ostzonenregierung einen Separatfrieden abzuschließen. Diese Mitteilung soll der politische Berater Marshall Tschukows, Botschafter Semjonow, gemacht haben.

Griechenland wählt im April

Ausnahmestand in Athen aufgehoben
Athen (TP). Im Gebiet von Athen wird der Ausnahmestand teilweise aufgehoben. Das polizeiliche Ausgangsverbot für die Stunden der Dunkelheit endet am Montag, nachdem es über ein Jahr in Kraft war. Maßnahmen zur vollständigen Aufhebung des Ausnahmestandes im ganzen Land werden vom griechischen Kabinett mit dem Oberbefehlshaber General Panagos erörtert. Wie hier

Hjalmar und die „Goldtaler“
 Schacht will deutsche Finanzprobleme lösen
 Hamburg (TP). Dr. Hjalmar Schacht erklärte vor Journalisten, er sehe eine Möglichkeit, um die finanziellen Probleme Deutschlands zu lösen. Man brauche eine stabile goldgedeckte Währung neben der deutschen Mark. Die USA sollten Deutschland Gold im Werte von einer Milliarde leihen. Die neue Währungseinheit „Goldtaler“ müsste dann frei konvertierbar sein, wie der amerikanische Dollar.

Exil-General Anders unterstreicht die polnischen Ansprüche
 London (TP). Der ehemalige Befehlshaber der polnischen Streitkräfte, General Anders, hat hier vor Pressevertretern zum deutsch-polnischen Verhältnis Stellung genommen. Anders erklärte, die polnischen Ansprüche auf die ostdeutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie würden unverändert aufrechterhalten. Durch die Ansiedlung von Millionen Polen in diesem Raum sei eine vollendete Tatsache geschaffen worden. Außerdem habe Polen ein historisches Recht auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie. Der General lehnte es jedoch ab, die geschichtliche Seite näher zu erläutern.

Aschenregen über Catania
 Der Aetna wieder in Tätigkeit
 Rom (TP). Der Vulkan Aetna auf der Insel Sizilien ist seit Freitag früh in Tätigkeit. Über der Stadt Catania ging ein sechsstündiger feiner Aschenregen nieder. Die Bewohner der umhänge des Aetna gelegenen Dörfer behaupten, daß sich in der vergangenen Nacht neue Krater geöffnet hätten. Beamte des Vulkan-Institutes in Catania versuchen, möglichst nahe an die Ausbruchstellen heranzukommen.

Das italienische Innenministerium stellt zu den zahlreichen in Rom zirkulierenden Gerüchten in einem Kommuniqué fest, daß der Vulkanausbruch sich bis jetzt auf das starke Ausströmen von vulkanischer Asche beschränkt. Vorerst seien keine Maßnahmen zur Evakuierung der Bevölkerung getroffen worden.

Nach den letzten Berichten hat der Aschenregen über der Stadt Catania und ihrer Umgebung aufgehört. Gegenwärtig macht sich im mittleren Krater des Aetna eine kräftige eruptive Tätigkeit bemerkbar.

Mit 20 Insassen abgestürzt
 Schweres Flugzeugunglück in Brasilien
 Rio de Janeiro (TP). Ein Kurs-Flugzeug der brasilianischen Luftverkehrsgesellschaft ist im Innern Brasiliens bei der Landung abgestürzt. Dabei kamen 16 Passagiere und 4 Besatzungsmitglieder ums Leben. Die Passagiere waren ausschließlich Brasilianer.

Der Hauptangeklagte ist geständig
 Schuldbekennnis im Serajewo-Prozess
 Belgrad (TP). Im Prozeß gegen die russischen Staatsangehörigen bekannte sich der Hauptangeklagte Kriskow für schuldig, als Spion im Dienste der Sowjetunion tätig gewesen zu sein. Bei seiner Vernehmung durch den Richter nannte Kriskow, ein griechisch-orthodoxer Priester, als seinen Verbindungsmann bei der russischen Botschaft ein Mitglied der Umgebung des Oberhauptes der orthodoxen Kirche in Belgrad, Nekludoff. (Dieser hat sich, wie bereits berichtet, am Vorabend des Prozeßbeginns in seiner Gefangenzelle erhängt.) Kriskow sagte ferner aus, er sei bei seinen Besuchen in der russischen Botschaft von dem ersten und zweiten Botschaftsekretär empfangen worden. Im weiteren Verlauf der Verhandlung änderte der Angeklagte seine frühere Aussage, er

habe nicht mit den Deutschen während des Krieges zusammengearbeitet und erklärte, er habe zwar nicht für die Gestapo gearbeitet, aber dem für Hitler kämpfenden Weißen Armeekorps bei der Rekrutierung von Freiwilligen geholfen.

Israels Feuerwehr unerwünscht
 König Abdullah leitete die Löscharbeiten
 Jerusalem (epd). Bei dem Großfeuer in der Grabeskirche von Jerusalem, das den Dachstuhl zerstörte, wurden die Löscharbeiten von König Abdullah von Transjordanien geleitet, in dessen Herrschaftsbereich die Altstadt von Jerusalem liegt. Der König war mit Generalmajor Glubb Pascha, dem Befehlshaber der arabischen Legion, an der Brandstätte erschienen und leitete selbst den Einsatz der Feuerwehr. Er ließ alle verfügbaren Geräte aus seiner Hauptstadt Amman heranholen. Ein Angebot der Regierung von Israel, Löscharzüge zu entsenden, wurde vom König abgelehnt. Die gesamten Kosten des Brandschadens, die auf 800 000 bis 900 000 Dollar geschätzt werden, will König Abdullah tragen. Alle Reliquien und sonstige Wertgegenstände, die während des Feuers aus der Kirche entfernt worden waren, sind inzwischen wieder auf ihre alten Plätze zurückgebracht worden. Während des Feuers hörte man in den Gebäuden der nächsten Umgebung den Gesang von Priestern. Es war das erste Feuer in der Grabeskirche seit dem Jahre 1898.

Das Ende der „Impeccable“
 Historisches Kriegsschiff wurde versenkt
 London (TP). Das 149 Jahre alte, aus Holz gebaute britische Kriegsschiff „Impeccable“ wurde am Freitag von Seestreitkräften im Ärmelkanal versenkt, da es nicht mehr repariert werden konnte. Nelsons Flaggenschiff, die Victory, ist jetzt das letzte noch erhaltene Schiff, das an der Schlacht bei Trafalgar im Jahre 1805 teilgenommen hat. Die „Impeccable“ war ursprünglich ein französisches Kriegsschiff, das nach der Schlacht von Trafalgar erbeutet wurde.

Jugoslawischer Minister bei Autounfall schwer verletzt
 Belgrad (TP). Der jugoslawische Finanzminister wurde bei einem Autounfall schwer verletzt. Wie die hiesige Nachrichtenagentur „Tanjug“ bekannt gibt, befand sich der Minister auf der Heimreise von der Eröffnungsfest eines neuen Senders.

Zwei Semester in Frankreich vorgeschrieben
 Studenten der saarländischen Universität müssen auf Anordnung des Kultusministeriums zwei Semester an einer französischen Hochschule studieren. Von der Verpflichtung können nur Kriegsbeschädigte befreit werden. (TP)

Deutschland soll hinzugezogen werden. In den Wirtschaftsbesprechungen zwischen Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten wurde die Forderung erhoben, daß Deutschland zu den Verhandlungen hinzugezogen werden soll. (TP)

Neuer französischer Landwirtschaftsminister
 In Paris wurde amtlich bekanntgegeben, daß der volkrepublikanische Abgeordnete Gabriel Vaës sich bereit erklärte, die Leitung des Landwirtschaftsministeriums zu übernehmen.

Deutsche Journalisten nach Paris eingeladen
 Eine Reihe von Mitarbeitern deutscher Tageszeitungen und Zeitschriften wurde zur Teilnahme an einem Journalistenkongreß in Paris eingeladen, der vom 5. bis 10. Dezember tagt. Zur Debatte stehen u. a. deutsche Probleme und die Frage einer deutsch-französischen Annäherung. (TP)

„Das Grab der Briganten“

Die Verbrecherinsel im Thyrenischen Meer
 Von unserem TP-Korrespondenten

A. Rom.
 Man hat einst von der französischen „Teufelsinsel“ Cayenne in Französisch-Guayana Romane geschrieben und sensationelle Filme gedreht. Aber nach dem vergangenen Weltkrieg wurde Cayenne als Verbannungsort für Schwerverbrecher aufgehoben und kein Mensch spricht mehr von den Schrecken, die den Verbannten dort erwarteten.
 Weniger bekannt, aber zumeist nicht weniger furchtbar, sind die italienischen Verbrecherinseln im Thyrenischen Meer zwischen Sizilien und Sardinien. Sie umfassen einige vulkanische Eilande der liparischen und aeolischen Inselgruppe, von denen San Stefano und Ustica die bekanntesten sind. Die liparischen Inseln haben zwar aus der Zeit des Faschismus, als Verbannungsorte für politische Sträflinge, einen bitteren Nachgeschmack bewahrt. Sie sind jedoch heute nicht mehr von politischen Gefangenen, sondern ausschließlich von gemeingefährlichen Banditen, Mördern und Kriminellen aller Art bevölkert, die zu lebenslänglichen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

Hinter schwefelgelben Mauern
 Diejenigen Verbrecher, die von den Gerichten zum Tode verurteilt und in der Folge durch einen Gnadenakt der Republik zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt wurden, gelangen fast ausschließlich auf die Insel San Stefano. Diese ist — ähnlich wie die Insel Stromboli — ein 150 Meter hoch aus dem Meer ragender Vulkankegel, etwa 50 Kilometer von Neapel entfernt. Das Kreisrund der Küste ist nur etwa über zwei Kilometer lang. Auf dem fast vegetationslosen Felsenkegel, der nach allen Seiten steil zur Küste abfällt, erhebt sich ein mittelalterlich anmutendes, mit hohen, schwefelgelben Mauern umgebenes Gefängnis, in dem gegenwärtig 230 Schwerverbrecher hausen. Dieses Gefängnis wurde 1794 auf Weisung von König Ferdinand IV. von Bourbon erbaut. Selbst der Innenhof ist in strahlenförmige, durch hohe Mauern abgetrennte Zellen aufgeteilt, in denen die Gefangenen einige

Stunden am Tag sich „frei“ bewegen können. Im Zentralbau des Zuchthauses ist die Kapelle so angelegt, daß die Gefangenen, ohne daß sie die Zellen verlassen müssen, der sonntäglichen Messe beiwohnen können. Etwa 300 Meter vom Gefängnis entfernt erhebt sich auf einem grauen, öden Lavafeld ein schwarzes Kreuz: der Friedhof für alle diejenigen, die in diesem „Grab der Briganten“ ihr trauriges Leben beendet haben.

Seit dreißig Jahren . . .
 Einige Schwerverbrecher, wie der Mörder Gaetano Bresci, dessen Attentat König Umberto I. zum Opfer fiel, sowie die Anarchisten Settenbrini und Silvio Spaventa aus der Zeit des italienischen Risorgimento, haben zu dem üblen Ruf dieser abgegrenzten Insel beigetragen. Ein einziger Inasse, der kalabresische Bandit Musolino, ist nach 36 Jahren Freiheitsstrafe durch eine Amnestie der Republik wieder auf das italienische Festland zurückgekehrt. 96 Gefangene befinden sich schon seit nahezu dreißig Jahren dort. Die Mehrzahl hingegen „erst“ seit 20 oder 25 Jahren.

Das Leben in diesem „Grab der Briganten“ ist unbeschreiblich monoton, die Disziplin hart und gnadenlos. Nur einer Anzahl Zelleninsassen, die sich seit Jahren besonders gut betragen haben, ist es vergönnt, täglich für kurze Zeit das Gefängnis zu verlassen. Sie müssen — wie zur Zeit des Bourbonenkönigs — aus einer nahen Zisterne in kleinen Fäßchen das Trinkwasser auf ihren nackten Schultern herbeischleppen!

Für Giulliano reserviert
 In letzter Zeit sind einige neue „Gäste“ eingezogen. Es sind 18 Erzbandiden, die der sizilianischen Giulliano-Bande angehört und die im Zuge der Süßberungsaktion den Carabinieri in die Hände fielen. Hier warten sie auf den angeordneten Strafprozeß mit der mathematischen Gewißheit, daß sie nach der Eröffnung des Urteils wieder in die vom Meer umrandete Festung zurückkehren werden. Auch für den Bandenkönig Giulliano ist auf San Stefano eine Zelle reserviert . . . es fragt sich nur, ob er sie je einmal bewohnen wird!

Für freie Arbeit und Frieden

„Wir stehen im Schatten einer neuen Welttragödie. Es ist deshalb unsere Aufgabe, eine Weltgewerkschaftsbewegung aufzubauen, um mit der Schaffung der wirtschaftlichen Grundlagen zu beginnen, die den Arbeiter für die Sirengesänge des Demagogen unempfänglich machen.“ Mit diesen Worten kennzeichnete der Vorsitzende der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung AFL, Irving Brown, die Aufgabe der westlichen Gewerkschaften, die zur Zeit in London eine neue Gewerkschafts-Internationale im Leben rufen. Dieser neue Zusammenschluß wird angestrebt, seitdem Anfang dieses Jahres der britische und der holländische Gewerkschaftsbund und in der Folge 33 weitere Landesorganisationen aus dem Weltgewerkschaftsbund der ersten Nachkriegsjahre austraten, „weil diese weltumspannende Organisation von den kommunistisch beherrschten Landeszentralen in offenem Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Aufgaben einer solchen Internationale zu einem Instrument für die weltweite Verbreitung kommunistischer Propaganda gemacht wurde“.

Im vergangenen Juni wurde in Genf ein Ausschuß beauftragt, einen Satzungsentwurf für den Londoner Gründungskongreß auszuarbeiten. In der Präambel des Entwurfs bekennt sich die neue Internationale zu unverletzlichen Menschenrechten. Neben der sozialen Gerechtigkeit als Grundstein des Friedens, dem Recht auf Arbeit und der freien Beschäftigungswahl, der Sicherheit der Beschäftigung und der Person, werden Gewerkschaften gefordert, die freie Verhandlungsinstrumente darzustellen, in denen alle Gewalt von den Mitgliedern ausgeht. Ferner werden Staatsverfassungen gefordert, welche keinen Raum für autoritäre Regierungen lassen. Irving Brown erklärte vor seinen Arbeitern dazu: „Diese Bewegung muß eine tatkräftige, dynamische und kämpferische sein, oder es wird bei der augenblicklichen Lage, da Krieg und Aggression in der Luft liegen, kein Erfolg beschieden sein.“

Auf der Genfer Tagung hatten die amerika-

nischen und europäischen Gewerkschaftsführer noch verschiedene Auffassungen von der Aufgabe der neuen Internationale. James Carey, ein Vertreter der amerikanischen CIO, forderte eine reine Kampforganisation mit antikommunistischem Charakter. Dagegen bestanden die britischen Delegierten, Arthur Deakin und Vincent Tawson, darauf, daß eine Föderation eigenen Rechts und nicht eine politische Hintergrundorganisation geschaffen werden müsse. Der Kompromiß lautet jetzt: „Ziel ist eine starke und leistungsfähige internationale Organisation der freien demokratischen und von jeder Beherrschung von außen unabhängigen Gewerkschaften, die sich der Aufgabe verpflichtet hat, das System der freien Arbeit zu schützen, zu erhalten und auszuweiten und überall die Zwangsarbeit auszuschalten.“

Eine wichtige Aufgabe des Londoner Kongresses wird darin bestehen, das Verhältnis zu Westdeutschland klarzustellen. Es wird allgemein begrüßt, daß der deutsche Gewerkschaftsbund jetzt Vertreter entsenden konnte, die für das ganze Bundesgebiet gewählt sind. Der einflußreiche amerikanische Gewerkschaftsführer Irving Brown setzt sich für eine Unterstützung seiner westdeutschen Kollegen mit der Stimme ein: „Wenn wir unsere westdeutschen Freunde nicht in wirtschaftspolitischer Hinsicht unterstützen und unsere Gegner an der Ruhr bekämpfen, werden wir Westdeutschland zwingen, wirtschaftlich die Bahn der Sowjetunion zu beschreiten. Ferner müssen wir großes Gewicht auf die Entwicklung einer umfassenderen und einheitlicheren europäischen Wirtschaft legen, um den Lebensstandard der Allgemeinheit zu erhöhen.“

So soll die Gründung der neuen Gewerkschafts-Internationale ein Beitrag der Arbeiterschaft sein, den Frieden in der Welt zu festigen: „Wenn der Friede erhalten bleiben soll, kann dies nicht nur durch Ächtung der Atombombe geschehen, sondern durch die Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse.“ R.R.

Südwestdeutsche Nachrichten

Steuersätze der Wirtschaftskraft anpassen
 Karlsruhe (TP). Bei der bereits gemeldeten Aussprache zwischen Behörden und Berufsverbänden der Wirtschaft über Steuerrecht und Steuermoral wurden bedeutsame Grundfragen unseres Staatslebens berührt. Die wieder erstarkende Selbstverwaltung wurde ermahnt, die gesetzlichen Bestimmungen genau einzuhalten, denn auch in kleineren Gemeinden dürften die Bürgermeister nicht zu Mitwissern von Steuerhinterziehungen werden, sondern müßten den Behörden Hilfe leisten. Präsident Dr. Nikolaus wies darauf hin, daß die hinterzogenen Gelder meist unwirtschaftlich angelegt wurden. Er warnte ferner vor jedem Versuch zum Steuerstreich, weil dieser schon in den Jahren 1930—33 zu der Fehlentwicklung geführt habe, die so viel Unglück über Deutschland gebracht hat.

In den angelsächsischen Ländern bestche trotz hoher Steuersätze eine bessere Steuermoral, weil der Staatsbürger sich der Gemeinschaft stärker verpflichtet fühlt. — Die Vertreter der Ind.- und Handelskammern, der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer erkannten die rechtlichen und moralischen Grundlagen der Besteuerung an, forderten jedoch eine gerechtere Ermittlung und Staffellung. Die Ansprüche des Staats müßten der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft angepaßt werden.

Wer hat Dienstwagen beschossen?
 Karlsruhe (TP). Auf der Autobahn bei Walldorf wurde am Donnerstag abend gegen 22 Uhr ein Dienstwagen beschossen. Das Feuer wurde von Polizeibeamten erwidert. Der unbekannte Täter hat sich vielleicht wegen Verletzung in ärztliche Behandlung begeben müssen. Beobachtungen sollten umgehend der Kriminalhauptstelle Karlsruhe, Telefon 6090—95, mitgeteilt werden.

Die Bluttat in Neudorf
 Karlsruhe (TP). Das Schwurgericht fällt nach der Verhandlung gegen den aus Jugoslawien vertriebenen Schlosser Jos. Klein in Neudorf einen Freispruch. Der Täter, der mit einer 12 cm langen Schneiderschere dem Werkzeugmacher Albert Böser einen Stich ins Herz versetzte, hat wohl infolge verminderter Zurechnungsfähigkeit durch Krankheit und Alkoholgenuß geglaubt, in Notwehr zu handeln. Die Tat ist in erster Linie aus einer Verkettung unglücklicher Umstände zu erklären.

Ein Gummimensch
 Mannheim (TP). Während ein junger Mann aus Lorsch, der wegen zweier Einbrüche festgenommen worden war, im Gebäude des Amtes für öffentliche Ordnung zwecks Abnahme von Fingerabdrücken zum Erkennungsdienst geführt wurde, sprang er vom 4. Stock auf die Brüstung und stürzte sich durch den Mittelschacht des Treppenhauses. Zunächst blieb er regungslos liegen und wurde nach dem Städtischen Krankenhaus verbracht. Dort stellte man mit Erstaunen fest, daß dem jungen Mann, außer einigen geringfügigen Verletzungen, die ihm einige Tage Krankenhausaufenthalt einbringen, nichts passiert war.

Ein feuergefährlicher Anzug
 E.F. Storzinger. Der hier wohnhafte Emil Schilling wurde mit schweren Verbrennungen ins Krankenhaus eingeliefert. Nach der Rückkehr aus dem Wald wollte Schilling nach getaner Arbeit eine Zigarre anzünden. Sofort stand der Rock des Verunglückten lichterloh in Flammen, wobei Schilling schwerste Verbrennungen erlitt. Der Stoff des hochfeuergefährlichen Jacketts ist zurzeit Gegenstand einer Untersuchung.

Sensation im Kuhstall
 Sinsheim (SWK). Ohne „Geburtshelfer“ und ganz allein brachte in diesen Tagen eine Kuh, die einem Landwirt in Walldorf gehört, drei gesunde Kälbchen zur Welt. In der gleichen Nacht kalbte noch eine zweite Kuh im Stalle des gleichen Landwirts. Wahrscheinlich eine „schöne Bescherver“.

Selbstmord eines 14jährigen
 Frankenthal (SWK). Ein 14jähriger Junge aus Ebertsheim warf sich aus bisher unbekanntem Grund vor einen Zug. Dem jungen Menschen wurde von der Lokomotive der Kopf vom Rumpfe getrennt.

In die Brust geschossen
 Crellingen (SWK). Ein Pole besuchte dieser Tage einen polnischen Kollegen, der auf einem Bauernhof in Oberrimbach arbeitet. Als gegen Abend beide damit beschäftigt waren, einen amerikanischen Karabiner näher zu untersuchen, ging ein Schuß los und der Gast brach zusammen. Die Kugel war in seine rechte Brust eingedrungen. In bedenklichem Zustande wurde er ins Krankenhaus überführt. Das Militärgericht wird sich mit dieser Sache noch zu beschäftigen haben.

Sie erwiderte sein Lächeln . . .
 Stuttgart (hp). Wenn er lächelt — und sie lächelt auch, dann kann das Lächeln leicht gefährlich werden. Denn mit Liebe auf dem ersten Blick hat ein solches Lächeln nichts zu tun. Es kann sein, daß der Herr, der in diesem Falle gemeint ist, nur einen fröhlichen Abend „in Gesellschaft einer Dame“ erleben wollte. Sie besuchten zusammen verschiedene Lokale und dann ging man in ein Bunkerhotel. Auf dem Heimweg am grauen Morgen mußte der liebebedürftige Herr zu seinem großen Schrecken feststellen, daß ihm die „Dame“ 1300 DM aus dem Briefkasten gestohlen hatte. Er hatte aber insofern Glück, als die Langfingerin geschnappt werden konnte.

Ins Fettnäpfchen gesetzt
 Die Ehefrau eines Lokomotivführers in einer schwäbischen Kleinstadt nahm es mit der ehelichen Treue nicht so genau. In den Tagen, an denen ihr Mann Nachtdienst hatte — und diese Tage waren recht häufig — pflegte sie sich die Zeit mit einem Liebhaber zu verkürzen. Eines Nachts kam ihr Mann einmal unerwartet nach Hause. Als er in die Küche trat, sah er seine Frau in dem Zustand, in dem sie Gott erschaffen hatte, am Herd stehen und in einer großen Pfanne Bratartoffeln machen. Durch die offen stehende Schlafzimmertür hörte er eine männliche Stimme rufen: „Karline, dauert's noch lange?“ „Nein“ schrie der erbeute Lokomotivführer, packte seine eheliche Hälfte und setzte sie mit dem verlängerten Teil ihres Rückens in die Bratpfanne.

Ein unverfrorener Dieb
 Lachingen (TP). In Feldstetten verstand ein Einbrecher sein Handwerk meisterhaft. Aus einer Scheune besorgte er sich eine Leiter und legte sie an die Rückwand des Pfarrhauses an. Dann hängte er das Vorfenster aus, schnitt ein Loch in das Innenfenster und konnte es so von innen her zum Einsteigen öffnen. Aus dem Wohnzimmer ließ er einen Geldbetrag und zwei goldene Ringe mitgehen, aus dem Amtszimmer ebenfalls einen größeren Geldbetrag und aus der Küche Lebensmittel. Auf dem Rückweg besorgte er sich noch zwei Stallhasen und holte schließlich aus der erwähnten Scheune ein Fahrrad, um auf ihm mit seiner Beute das Wette zu suchen.